

**Jutta Linnemann**  
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Beckum

## **„Grün – Für Kinder, Klima, Konjunktur“**

**Rede**

**anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes  
der Stadt Beckum  
für das Jahr 2010  
am Donnerstag, dem 18. März 2010**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrter Herr Dr. Strothmann,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Meine diesjährige Haushaltsrede möchte ich unter das Motto „Kinder, Klima, Konjunktur“ stellen. Diese drei Begriffe stehen für eine zukunftsweisende und generationsübergreifende grüne Politik. Doch was ist die richtige Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit?

Die allgemeine Finanzkrise lastet über den globalen und nationalen Finanzmärkten und wirkt sich zunehmend auch massiv auf die regionale Wirtschaft und die kommunalen Haushalte aus.

Die bisherige Wachstumsideologie unseres Wirtschaftssystems hat einen deutlichen Dämpfer erhalten. Immer höher, immer mehr, ohne Nachhaltigkeit, so kann gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben auf Dauer nicht funktionieren.

Gleichzeitig verschärfen sich die umweltpolitischen Probleme unseres Erdballs dramatisch und werden zusammen mit dem Problem der nicht geklärten Energiefrage immer mehr zu zentralen Herausforderungen – auch in der Kommunalpolitik.

Die uns bedrohende Klimakatastrophe – ich wähle bewusst das Wort Katastrophe – sowie die Krise der internationalen Finanzmärkte zeigen, dass die Art und Weise, wie wir wirtschaften, wie wir den Wohlstand verteilen, wie wir uns ernähren und fortbewegen, nicht zukunftsfähig ist.

Doch all diese Probleme dürfen nicht dazu führen, dass uns lähmende Passivität ergreift. Das Studium des Haushaltsentwurfes 2010 brachte uns durchaus an diese Grenze.

Jetzt muss nachgedacht und die Zeit genutzt werden, um Neues zu entwickeln und auf den Weg zu bringen. Lokales, dezentrales, an regionalen Wirtschaftskreisläufen orientiertes Handeln ist mehr denn je gefragt.

„Globales Denken – Lokales Handeln“ ist der Grundsatz, der unser politisches Tun bestimmen muss.

Die Städte und Gemeinden sind von der Wirtschaftskrise besonders getroffen. Im Vergleich zu Bund und Ländern tragen die Kommunen die größeren Verluste der drastischen Einbrüche bei den Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben der Sozialleistungen. Dabei sind es doch gerade die Kommunen, die die Verantwortung für die gesellschaftliche und soziale Daseinsvorsorge tragen. Mit dem jetzt installierten Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden die Kommunen mitten in der Krise zusätzlich geschwächt. Wie soll eine Diskussion um künftige Schwerpunkte der Kommunalpolitik da noch aussehen? Geht es künftig nur noch um die Verwaltung der Finanzmisere?

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag enthält kein Rezept gegen Wirtschafts- und Klimakrise, Finanzmarktexzesse oder gar gegen Armut. Er sorgt mit Steuergeschenken auf Pump für eine weitere Beschleunigung der Staatsverschuldung in Schwindel erregenden Höhen auf Kosten zukünftiger Generationen.

Der Sachverständigenrat bescheinigt in seinem Jahresgutachten der Bundesregierung, dass diese die Zukunft des Landes aufs Spiel setze. Statt Mittel in innovationsfähige Projekte oder Bildung zu investieren, werden Entlastungen bei Unternehmenssteuern, Erbschaftssteuer und Einkommenssteuer in Milliardenhöhen versprochen.

Nun ist es ja jeder bzw. jedem durchaus zu gönnen, wenn am Ende des Monats ein bisschen mehr im Geldbeutel bleibt. Wirtschaftlich gesehen ist diese Vorgehensweise äußerst fragwürdig, da in der Regel max. 50 % in den Konsum zurückfließen, der Rest wird gespart, löst also keinen Wachstumsschub aus. Fakt ist, dass der Staat ärmer gemacht wird, um wenige profitieren zu lassen. Es handelt sich also um einen rein ideologischen Ansatz.

Einnahmeausfälle aufgrund von Steuererleichterungen, Konjunkturpakete I und II, sinkende Steuereinnahmen bei Gewerbe- und Einkommenssteuer, unterfinanzierte Kita-Ausbau und

höhere Ausgaben durch Sozialausgaben – die letzten beißen die Hunde und das sind die Landkreise und Kommunen.

Mittelfristig wirken sich auch die reduzierten Steuereinnahmen der Länder aus, da der Verteilungsspielraum für die kommunalen Finanzausgleiche noch enger wird. Mit nachhaltiger Wirtschafts- und Finanzpolitik hat das alles nichts mehr zu tun.

Was heißt das für Beckum?

Das strukturelle Defizit im Ergebnisplan beträgt 7,6 Millionen Euro. An diesem Zahlenwerk waren insbesondere über die letzten 2 Jahre hinweg der Einnahmenrückgang in der Gewerbe- und Einkommensteuer, die Erhöhung der Kreisumlage sowie die gesetzliche Verpflichtung zur Übernahme neuer Aufgaben im Sozial- und Kinderbetreuungsbereich, maßgeblich beteiligt.

Das von der Bundesregierung umgesetzte Wachstumsbeschleunigungsgesetz - um nur ein Beispiel zu nennen – manifestiert diesen Zustand und wird zu einer enormen Verschlechterung unserer Haushaltslage führen. Der Handlungsspielraum für die Stadt Beckum ist faktisch gleich null. Der Haushaltsentwurf 2010 ist demzufolge auf Kante genäht.

Was sind aus Grüner Sicht Ziele für die nächsten Jahre?

In der Bildung und Betreuung liegt eine Kernaufgabe unserer Stadt. Die Bildungslandschaft wird sich auch in Beckum aufgrund sinkender Schülerzahlen grundlegend ändern. Nicht ein frühzeitiges Aussortieren der Kinder und Verteilen auf verschiedene Schultypen wird die Zukunft sein, sondern ein längeres gemeinsames Lernen bis zur sechsten Klasse und auch darüber hinaus. Dabei muss Qualität vor Quantität stehen – das bedeutet kleinere Klassen und differenzierte inhaltliche Angebote. Allein kann Beckum das nicht schaffen – hier ist eine engagierte Bildungs- und Schulpolitik der Landesregierung gefordert. Doch CDU und FDP setzen trotz besseren Wissens immer noch auf das dreigliedrige Schulsystem – ab dem 9. Mai wird sich diese antiquierte Haltung sicherlich nicht mehr durchsetzen!

Mit großer Freude haben wir während der diesjährigen Haushaltsberatungen zur Kenntnis genommen, dass 15.000 € eingestellt wurden, um die Machbarkeit einer Neuaushandlung des Konzessionsvertrages zu prüfen. Das ist eine nachhaltige Entscheidung, denn die Rekommunalisierung des Stromnetzes würde auf Dauer unabhängiger machen und gleichzeitig Gewinne bringen. Ein Neuabschluss der Konzessionsverträge und der damit verbundenen möglichen Erhöhung der Anteile von 51% auf 66 % könnte Beckum die Chance bieten, in Netzbetriebe und Versorgung einzusteigen und dadurch den kommunalen Einfluss auf die Netzinfrastruktur sicherzustellen. Wichtig wäre dann, im Konzessionsvertrag vorzusehen, dass sich Netzbetreiber und Kommune zur Förderung der dezentralen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie von Strom aus Kraft-Wärmekopplung verpflichten.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist die Benennung eines städtischen Klimamanagers. Wie von uns bereits in den letzten Jahren gefordert, wird diese Maßnahme jetzt umgesetzt. Wir erhoffen uns davon eine größere Effizienz bei der Weiterentwicklung des Klimaschutzrahmenkonzeptes.

Ein bedeutender und wichtiger Schritt, den Anteil der Stadt an regenerativen Energien zu erhöhen, ist der erfolgte einstimmige Beschluss – auch wenn nur durch ein Versehen der FDP geschehen – städtischen Dachflächen für Solarinvestoren freizugeben.

Allerdings erschien uns die Einrichtung eines Solarflächenkatasters - wie von der SPD beantragt – nicht sinnvoll. Unsere Recherchen haben ergeben, dass umfangreiche Informationen und Berechnungen bezüglich Solarflächen auf Privathäusern bereits durch örtliche Fachbetriebe, Energieberater, Mitarbeiter der Stadt Beckum und auch im Internet ausreichend angeboten werden.

Für diese Maßnahme noch einmal 25.000 € in den städtischen Haushalt einzustellen bei unserer derzeitigen misslichen finanziellen Situation, erschien uns nicht ratsam und vertretbar - auch wenn uns diese Entscheidung den Unmut der SPD beschert hat. Deutlich

machen wir jedoch in diesem Zusammenhang, dass wir diese Entscheidung nicht aus Gründen getroffen haben, wie sie die FDP in ihrem Leserbrief vorgetragen hat. Der Argumentation von Frau Wieschebrink können wir in keinster Weise folgen.

Nun zu den Zahlen des Haushaltsentwurfes:

Glücklicherweise lässt das NKF nicht nur die Möglichkeit zu, das Zahlenwerk tiefer gehend zu analysieren, sondern auch Entwicklungen zu erkennen und Prognosen zu stellen.

Die wesentliche Feststellung ist, dass es in diesem Jahr noch mal gelingt, den Haushalt durch einen Rückgriff auf die rechnerische Rücklage auszugleichen. Allerdings in 2010 letztmalig, denn dieser Topf ist damit leer. Folglich kann diese Notlösung 2011 nicht mehr angewendet werden und das Damoklesschwert „Haushalts sicherungskonzept“ schwebt bereits über unseren Köpfen. Wir haben ein Defizit von knapp 8 Mio. Euro, denen nur eine wage Hoffnung auf höhere Steuereinnahmen gegenüber steht. Weitere Kreditaufnahmen sind unausweichlich.

Nun könnte man sich die Frage stellen, warum diese Ausgleichsrücklage nicht höher ist und noch für weitere Jahre reicht. Das aber wäre Vergangenheitsbewältigung, die uns momentan nicht viel weiter bringt. Abwarten jedoch wollen Bündnis 90/Die Grünen keinesfalls.

Bei den Überlegungen zur diesjährigen Haushaltsrede lehnte ich mich zurück ...und aus dem Nichts sprach eine Stimme zu mir: „lächle und sei froh - es könnte schlimmer kommen!“ - und ich lächelte und war froh - und es kam schlimmer!

Genau dieses Szenario droht unserer Stadt, wenn Rat und Verwaltung nicht heute schon gegen die desolate Haushaltssituation angehen. Dabei haben wir allerdings gegenüber anderen NRW-Kommunen noch ein Jahr Zeit. Diesen Bonus sollten wir nicht verschlafen – ein weiter so funktioniert nicht! Wunschzettel für weitere Ausgaben sind beim Weihnachtsmann abzugeben.

Auf der Einnahmenseite sind die Einflüsse gering. Beeinflussbar sind aber die Ausgaben. Nach Auskunft von Herrn Dr. Strothmann ist bereits eine Klausur der Ausgabenplanung mit den Fachbereichsleitern geplant. In den Sondierungsgesprächen sollen durch Ausgabenreduzierungen und Einstellungen nicht zwingender Funktionen Kosten minimiert werden. Das Potenzial von kommunalen Kooperationen ist auszuloten. Ohne eine konkrete Zahl vorzugeben, werden von uns Einsparungen im zweistelligen Prozentbereich erwartet.

Nach Ansicht der Grünen ist dem Rat in einem Ergebnisrapport klar darzustellen, welche Positionen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen bindend, welche verschoben werden können und welche angesichts der Haushaltslage flexibel und daher noch mal vom Rat neu zu diskutieren und zu entscheiden sind.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren:

Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Haushalt 2010 zu. Die mittelfristige Finanzplanung verdient diese Zustimmung allerdings nicht. Hier wird noch deutlich nachgebessert werden müssen. Wir stellen uns der Verantwortung und bieten unsere aktive Mitarbeit an.

Ich danke Ihnen - Herr Dr. Strothmann - für die gute Zusammenarbeit. Der grüne Gedanke ist angekommen. Ebenso möchte ich den Dank unserer Fraktion auch an die Herren Klaes, Vanhaiden und Vehrenkemper, sowie an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung für ihre geleistete Arbeit aussprechen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Jutta Linnemann  
(Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen)